

Wohlstand geht nur grün

Wachstum geht weiterhin mit Umweltzerstörung einher. Es braucht daher ein breiteres Verständnis, das auch Lebens- und Umweltqualität berücksichtigt.

Klara Zwickl

Forscherin am Institute for Ecological Economics und dem Institute for the Economics of Inequality an der Wirtschaftsuniversität Wien

Gesellschaftlicher Wohlstand wird oft auf enge wirtschaftliche Indikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt reduziert. Als oberstes wirtschaftspolitisches Ziel zur Erhöhung des Wohlstands gilt es demnach, im ersten Schritt einen möglichst großen ökonomischen Kuchen zu backen, der dann stückweise verteilt werden kann. Dabei wird allerdings nicht berücksichtigt, dass das Backen des immer größeren Kuchens steigende soziale und ökologische Kosten verursacht. Noch dazu sind diese Kosten höchst ungleich verteilt.

Enorme Kosten bei Untätigkeit

In den letzten Jahrzehnten war Wirtschaftswachstum eng an steigenden Ressourcenverbrauch gekoppelt – und damit einhergehend mit Umweltzerstörung. Innovative, umweltfreundliche Technologien konnten dieser Entwicklung zwar entgegenwirken, aber Wachstum nicht absolut von Umweltzerstörung entkoppeln.

Manchen Ländern oder Sektoren gelang eine absolute Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung, die Hauptursache dafür ist allerdings, dass die umweltschädlichsten Teile des Produktionsprozesses in Länder des Südens verlagert wurden. Ordnet man die daraus resultierenden Emissionen den Ländern zu, in denen die Endprodukte konsumiert werden, ge-

hen Wachstum und Umweltzerstörung in den Industrieländern weiterhin Hand in Hand.

Weltweit führende Umwelt- und KlimawissenschaftlerInnen warnen davor, dass das Ausmaß und die Intensität aktueller wirtschaftlicher Aktivität bereits zu irreversiblen ökologischen Schäden geführt haben. Dabei wurden einige sogenannte „planetarische Grenzen“ bereits überschritten, andere planetarische Grenzen werden ohne eine grundlegende ökonomische und soziale Transformation in naher Zukunft erreicht. Die wohl bekannteste der neun diskutierten planetarischen Grenzen ist die steigende Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre, die zu Klimawandel führt.

In den Umwelt- und Klimawissenschaften steht außer Frage, dass schon eine moderate globale Erwärmung, wie sie gegenwärtig bereits stattfindet, ohne dass man noch gegensteuern könnte, zu einer Zunahme von Unwettern und Naturkatastrophen führen wird – mit drastischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen.

Umweltschäden verlagert

Ein stärkerer Anstieg, der ohne substanzielle Klimapolitik als wahrscheinlich gilt, könnte mit noch viel größeren Risiken und irreversiblen Umweltschäden verbunden sein. Aufgrund gravierender sozialer Folgen des Klimawandels insbesondere in bevölkerungsstarken Küstenregionen in Ländern des Südens sind zudem Klimaflüchtlinge und verstärkte politische Konflikte zu erwarten.

Eine weitere Untätigkeit würde enorme ökonomische, soziale, und ökologische Kosten nach sich ziehen. Von daher braucht es sowohl einen Wandel der wirtschaftlichen Aktivität und als auch eine Abkehr vom fortschreitenden Verbrauch fossiler Energieträger.

Umweltungleichheit

Ein weiteres Umwelt- und Gesundheitsproblem, das unmittelbare und lokale negative Auswirkungen hat, ist Luftverschmutzung, die weiterhin im Anstieg begriffen ist. Einer Studie der Weltgesundheitsorganisation zufolge wurden die gesundheitlichen Gefahren von Luftverschmutzung in der Vergangenheit grob unterschätzt. Inzwischen wird sie für einen von acht Todesfällen weltweit verantwortlich gemacht. Die Folgen sind allerdings nicht nur auf globaler Ebene, sondern auch innerhalb der Industrieländer sehr ungleich verteilt. Diese Tatsache wird zunehmend unter dem Begriff Umweltungleichheit thematisiert. In Österreich ist es auf Basis der bisherigen Datenlage schwer möglich, das Ausmaß von Umweltungleichheit in Zahlen zu fassen. Für viele andere Länder hingegen belegen wissenschaftliche Ergebnisse klar, dass insbesondere arme und sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen Umweltgefahren überproportional ausgesetzt sind. Auch auf europäischer Ebene zeigen Ergebnisse des Europäischen Umweltbundesamts, dass Umweltgefahren räumlich sehr ungleich verteilt und in manchen Gegenden stark konzentriert vorkommen. So wird die Hälfte der ökologischen und gesundheitlichen Kosten

Umweltungleichheit und Einkommensungleichheit bzw. soziale Ungleichheit verstärken einander.

industrieller Luftverschmutzung in der EU von nur einem Prozent aller industriellen Produktionsstandorte verursacht.

Dazu kommt, dass Umweltungleichheit und Einkommensungleichheit bzw. soziale Ungleichheit eng miteinander zusammenhängen: Vor allem reichere Bevölkerungsgruppen können sich individuell vor Umweltgefahren schützen, indem sie in Gegenden mit hoher Umweltqualität ziehen. Ärmere Bevölkerungsgruppen sind von dieser Möglichkeit ausgeschlossen.

Die steigende Einkommensungleichheit sorgt dafür, dass die Gruppe jener immer kleiner wird, die sich ein Leben in gesunder Umgebung leisten können. Es gibt aber auch zahlreiche Hinweise, dass Umweltungleichheit (zukünftige) Einkommens- und soziale Ungleichheit verschärft. So wird zum Beispiel der Lernerfolg von SchülerInnen oder die Arbeitsproduktivität von Beschäftigten stark von lokalen Umweltbelastungen beeinträchtigt, wodurch Chancengleichheit und Jobperspektiven drastisch reduziert werden. Außerdem steigen in Gegenden hoher Umweltqualität die Immobilienpreise und sinken in jenen mit niedriger Umweltqualität, was wiederum ökonomische Ungleichheit verstärkt.

Weitere Dimensionen

Der enge Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen, sozialen, und ökologischen Faktoren, welche die Lebensqualität beeinflussen, verdeutlicht, dass Wohlstand nicht nur auf wirtschaftliche Faktoren reduziert werden kann. Ein breiteres Ver-

ständnis von Wohlstand wird auch zunehmend von einflussreichen ÖkonomenInnen und internationalen Institutionen eingemahnt, insbesondere seit der großen internationalen „Beyond GDP“-Konferenz in 2007.

Ein wichtiges Ergebnis der Konferenz war, dass Wirtschaftswachstum nicht mehr als der zentrale Erfolgsindikator einer Volkswirtschaft betrachtet werden soll, sondern nur noch als einer von vielen. Ergänzt werden sollte er um weitere Dimensionen: soziale Indikatoren wie Lebenserwartung, Armut, Arbeitslosigkeit, verfügbares Einkommen, und Bildungsstandards; ökologische Indikatoren wie Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung und deren gesundheitliche Folgen; Indikatoren für Lebensqualität wie Lebenszufriedenheit, Jobzufriedenheit, Familienleben, Gesundheit und Lebensstandards.

Innovative Politikempfehlungen

Ein breiteres Verständnis von Wohlstand führt zu innovativen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Politikempfehlungen. Dabei werden soziale und ökologische Ziele nicht mehr als Gegensätze betrachtet. Und auch bei schwachem Wirtschaftswachstum kann hohe Beschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit erreicht werden. So könnte etwa eine gleichere Verteilung von Arbeitsstunden durch Arbeitszeitverkürzungen neben positiven Beschäftigungseffekten auch die Lebensqualität durch mehr Zeit für Familie und Freizeitaktivitäten erhöhen und geschlechtsspezifische Arbeitsmarktunterschiede verringern. Ein Ausbau öf-

fentlicher Infrastruktur für Mobilität, nachhaltiger Energieversorgung, Wohnraum, Bildung und Gesundheit würde neben positiven Beschäftigungseffekten und einer Reduktion sozialer Ungleichheit auch zu einer Verringerung von individuellem Ressourcenverbrauch und einer höheren Umwelt- und Lebensqualität führen. Die ökologischen und sozialen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte erfordern eine verstärkte gesellschaftliche Auseinandersetzung mit solchen Maßnahmen und eine Abkehr vom Bruttoinlandsprodukt als Hauptindikator für Wohlstand.

Nachlese:

EEA, 2014. Costs of air pollution from European industrial facilities 2008–2012 – an updated assessment, Copenhagen, DK:
tinyurl.com/j48yteq

Jackson, Tim. 2009. Prosperity Without Growth. Economics for a Finite Planet. London: Earthscan:
tinyurl.com/zetjytj

Rockström, J. et al., 2009. Planetary Boundaries. Exploring the safe operating space for humanity. Nature, 461, pp.472–475:
tinyurl.com/hynqhpq

WHO, 2014. 7 million premature deaths annually linked to air pollution:
tinyurl.com/pqgdd5q

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
klara.zwickl@wu.ac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at